

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Sascha Steuer (CDU)

vom 23. Oktober 2007 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Oktober 2007) und **Antwort**

Schwere Schulranzen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Was hat der Senat getan, um Schüler vor gesundheitsgefährdend schweren Schulranzen zu schützen, wie es die DIN 58 124 10 erfordert?

Zu 1.: Der Kauf von Schulranzen liegt in der Verantwortung der Eltern. In den Elternversammlungen, die vor Beginn der Schulpflicht der Kinder stattfinden, wird in der Regel auch das Thema „Schulranzen“ angesprochen. Hier weisen die Lehrkräfte darauf hin, dass das Gewicht des Schulranzens nicht mehr als 10% des Körpergewichtes des Kindes betragen soll. Es wird auch auf die gute Sichtbarkeit des Ranzens hingewiesen, wie es die DIN Norm empfiehlt. Dazu erhalten die Eltern das Faltblatt der Unfallkasse Berlin: „Kleine Kinder – große Taschen – Alles über den Schulranzen“, das ausführlich zu dem Thema informiert.

2. Werden Schüler, Lehrer und Eltern darüber informiert, was sie unterstützend gegen zu schwere Ranzen und die damit verbundenen gesundheitlichen Risiken tun können?

3. Haben Eltern die Möglichkeit, die Einhaltung des Richtwertes bzw. der Gewichtsempfehlung bei der Schule einzufordern?

Zu 2. und 3.: Lehrkräfte empfehlen den Eltern der Schulanfänger, den Ranzen täglich mit dem Kind gemeinsam zu packen und nur das hineinzugeben, was wirklich am nächsten Tag gebraucht wird.

Sollte dabei eine erhebliche Gewichtsüberschreitung entstehen, die auf die Materialanforderung der Schule zurückzuführen ist, so sollte im Rahmen eines Elternabends das Gespräch mit der Lehrkraft gesucht werden. In der Regel lassen sich die Probleme dann einvernehmlich lösen.

DIN-Normen dienen dem Zweck, „allgemein anerkannte Regeln der Technik“ zu schaffen. Sie sind nicht rechtsverbindlich und haben keinen Gesetzescharakter.

Bei der zitierten DIN-Norm handelt es sich um einen empfohlenen Richtwert, dessen Einhaltung nicht verpflichtend geregelt ist.

Berlin, den 19. November 2007

In Vertretung

Eckart R. Schlemm
Senatsverwaltung für Bildung,
Wissenschaft und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Novemb. 2007)